

Der Balkan als Herausforderung Europas

Wolfgang Petritsch

Wie ist es um den West-Balkan bestellt? In welche Richtungen gehen die Länder der Region? Der Autor, ausgewiesener Balkan-Spezialist und heutiger OECD-Botschafter, gibt einen konzentrierten Überblick über die aktuellen Entwicklungen in einzelnen Staaten. Das bisherige Engagement und die zukünftigen Herausforderungen der EU in diesem Raum sind weitere Schwerpunkte des Beitrages.

Der Balkan weckt auch fast ein Jahrzehnt nach dem Ende des letzten Krieges in der Region – der NATO-Intervention in und um Kosovo – negative Assoziationen.* Es sind immerzu bloß Probleme und Herausforderungen, die wir mit dem *Pulverfass Balkan* verbinden. Die Parlaments- und Lokalwahlen in Serbien im Frühjahr 2008 sind ein bezeichnendes Beispiel: Man erwartet – gleichsam unvermeidbar – Schlechtes. Positives scheint man aus dem vormaligen Kriegsgebiet nicht zu erhoffen. Daher war der Wahlsieg der pro-europäischen Kräfte mit Überraschung registriert worden, gleichsam als rare Ausnahme von der historischen Regel. Dieses zutiefst westliche Stereotyp ist der komplexen Geschichte der Region ebenso wie der geopolitischen Randlage des Balkan geschuldet.

Der österreichische Essayist Karl Markus Gauss meint nicht nur Transnistrien, Moldawien oder gar den Kaukasus, wenn er von den *Rändern Europas* spricht, sondern durchaus sehr konkret Südosteuropa in seiner geografisch ausufernden Gesamtheit. Dort, wo es in den 1990er Jahren eine Kette von Kriegen gab, die im Norden – Slowenien – begonnen hatte und sich dann immer weiter Richtung Süden über Kroatien, Bosnien und Herzegowina ausbreitete, um schliesslich 1999 mit der NATO-Intervention das Ursprungsland des jugoslawischen Konfliktes, nämlich Serbien, zu erreichen. Der blutige Zerfall kehrte dorthin zurück, wo 1989 alles begonnen hatte. Kosovo ist der letzte *historische* Konfliktfall aus der politischen Erbmasse Jugoslawiens. Heute allerdings, und das soll gleich zu Beginn betont werden, gibt es einen substantiellen Unterschied. Heute werden Konflikte nicht mehr mit der Waffe ausgetragen. Es mag nach



Wolfgang Petritsch, geb. 1947, EU-Sonderbeauftragter für das Kosovo, später Hoher Repräsentant für Bosnien, Botschafter der OECD in Paris. Vorherige Stationen: Botschafter Österreichs in Belgrad, EU-Sonderbeauftragter für das Kosovo, Botschafter bei den Vereinten Nationen in Genf. wolfgang.petritsch@bka.gv.at

* Dieser Aufsatz basiert auf einem Vortrag vom 14. Mai 2008 an der Universität Zürich.

wie vor sicherheitspolitische und vor allem ökonomische und soziale Krisen geben, aber sie werden durchweg mit demokratischen Mitteln ausgetragen.

Zur aktuellen Situation auf dem Balkan

Die Wahlen in Serbien

Die erste Hälfte des Jahres 2008 war ein sehr kritischer Zeitabschnitt für die Region. Er begann mit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo am 17. Februar. Die Regierung in Belgrad, von den Radikalen bedrängt, musste zurücktreten. Das griechische Veto gegen den NATO-Beitritt Mazedoniens – Athen verweigert stur die Anerkennung des Staatsnamens – hat auch dort zu einer Regierungskrise geführt. Aber auch *good news* haben uns vom Balkan erreicht. Die Verhaftung von Radovan Karadžić im Juli und der Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziationsabkommens (SAA) zwischen der EU und Serbien (auch Bosnien und Herzegowina konnte ein solches SAA unterzeichnen) sind Meilensteine auf dem Weg zu europäischer Normalität am Balkan. Beide Ereignisse müssen im Kontext der serbischen Wahlen vom Frühjahr 2008 gesehen werden.

Am 11. Mai 2008 konnten sich die pro-europäischen Kräfte um Präsident Boris Tadić überraschend deutlich behaupten. Die Demokraten erreichten das beste Resultat seit Zoran Đinđić 2001. Das verweist auf den – verzögerten – Beginn einer Trendwende in Serbien. Die Nationalkonservativen um Vojislav Koštunica und seine opportunistische Annäherung an Russland haben eine Abfuhr erlitten. Eine weitere grosse Überraschung ist das Erstarken der Milošević-Sozialisten, die nun unter Ivica Dačić den demokratischen Block von Tadić unterstützen. Es ist klar, dass sich die Sozialisten in einem gewissen Grad von der eigenen Vergangenheit distanzieren möchten; eine Entwicklung, die man wiederholt auch in anderen ex-kommunistischen Staaten gesehen hat. Insofern ist ihr gutes Abschneiden kein Skandal, aber dennoch eine Entwicklung, die man sorgfältig beobachten muss.

Die Tatsache bleibt jedoch, dass in Serbien eine Regierungsbildung ohne die eingestandenermaßen antidemokratisch eingestellten Milošević-Sozialisten nicht möglich gewesen wäre. Es gehört zu den Paradoxien des Balkans, dass die Nachfolger des

gestürzten Präsidenten zum Steigbügelhalter für eine demokratisch geführte Regierung geworden sind; ein deutlicher Hinweis auf die fortgesetzte Spaltung der serbischen Gesellschaft: Ungefähr die Hälfte der Wähler hat sich ziemlich klar für einen europäischen Weg entschieden, während sich die andere Hälfte abwartend oder sogar europa-feindlich verhält. Vor dem Hintergrund des unerledigten Kosovo-Kapitels ist das nachvollziehbar.

Die bekannte serbische Menschenrechtsaktivistin Sonja Biserko hat drei Gründe für das Wahlergebnis genannt: Die medienwirksame Unterzeichnung des Stabilitäts- und Assoziationsabkommens in Brüssel hat den demokratischen Kräften im letzten Augenblick noch einen Schub versetzt. Ich hatte mich da eher geirrt und befürchtet, dass diese doch sehr knapp angesetzte Unterzeichnung, die auch immer noch Konditionalitäten beinhaltet, durchaus auch kontraproduktiv sein könnte. Der zweite positive Impuls stammt aus Italien: Ein konkretes Angebot von *Fiat* für die Übernahme der bankrotten Automobilfabrik *Zastava* in Kragujevac, von dem Tausende von Arbeitsplätzen abhängen. Ein signifikantes, für die Menschen leicht nachvollziehbares Ereignis, das zum Erfolg der pro-europäischen Kräfte beigetragen hat. Und Biserko betont auch, dass das serbische Volk es geschafft hat, eine politische Entscheidung im Staatsinteresse zu treffen. Ich meine, dass es noch einen vierten Grund gibt: Knapp vor dem Urnengang haben sich einige Schengen-Staaten zusammengetan und die serbischen Staatsbürger von der Visagebühr befreit.

Wichtig ist, dass der Wahlausgang eine Hinwendung zur europäischen Wertegemeinschaft signalisiert, gewiss eine rationale Entscheidung für einen grossen Teil der Bevölkerung Serbiens – eines Staates, dessen Bürger seit nahezu 20 Jahren nicht wissen, in welchem Land sie eigentlich leben. Jemand, der 1989 politisch zu denken begonnen hat, ist im Tito-Reich zur Welt gekommen und aufgewachsen, später dann in den *Bruderkrieg* hineingeraten; er hat das dritte Jugoslawien mit Serbien und Montenegro erlebt, schliesslich den Alleingang Montenegros und Anfang 2008 noch den Verlust Kosovos. Das muss man erst einmal emotional verarbeiten. Danach noch eine halbwegs rationale Entscheidung für den Weg nach vorne zu finden, ist in der Tat eine ziemliche demokratiepolitische Leistung.

Russlands Rückkehr

Die fortgesetzte Isolation Serbiens, insbesondere in der Kosovofrage, hat zu einer weiteren Besonderheit geführt. Es ist die Wiederkehr Russlands in die Region. Auch hier schwingt eine gewisse Ironie mit, ist es doch Tito gewesen, der die damalige Sowjetunion von den Ufern des Mittelmeeres ferngehalten hatte. Die Wiederkehr Russlands erfolgt diesmal als veritable ökonomische Macht und Investor und liegt auf der allgemeinen russischen Linie einer selbstbewussten Aussenpolitik, die im Grunde wirtschaftlich motiviert ist.¹ Mit *South Stream* will Russland eine Gaspipeline nicht nur durch Serbien führen, sondern nimmt auch andere südosteuropäische Nachbarn Serbiens an Bord, mit Bulgarien und Italien auch Mitglieder der Europäischen Union. Man soll sich nicht täuschen lassen, wirtschaftliche und politische Erwägungen hängen auch hier eng zusammen. Russland selbst hat sich mit der Übernahme der serbischen Erdölindustrie – und dies zu einem Freundschaftspreis – im Zentrum des Balkans wirtschaftlich etabliert. Dazu hat sicher auch eine gewisse serbische Dankbarkeit für Russlands konsequente Unterstützung in der Kosovofrage beigetragen.

Montenegro hat sich von Serbien relativ friedlich gelöst und ist von der Krisenlandkarte verschwunden, kämpft jedoch mit all den Problemen einer verspäteten südosteuropäischen Transformation, deren Krebsübel die als systemisch zu bezeichnende Korruption darstellt. Trotz geballter russischer Investitionen, der dem pittoresken Kleinstaat mit kaum 800.000 Einwohnern den Namen *Moscow-by-the Sea* eingetragen hat, ist Montenegro auf dem Weg in Richtung EU. Das ist insofern bemerkenswert, als es in Montenegro eine bedeutende albanische Minderheit gibt. Hinzu kommt, dass mit den ca. 50 Prozent Montenegrinern etwa 30 Prozent Serben, sowie eine signifikante Zahl Kroaten und Roma überwiegend friedlich zusammen leben. In diesem Kleinstaat beweist sich, dass die Koexistenz verschiedener Ethnien auf den Territorien des ehemaligen Jugoslawien durchaus möglich ist. Eine weitere Aufsplitterung nach ethnischen Kriterien hätte denn auch geradewegs zu einer Atomisierung des gesamten Balkans geführt.

1 Vgl. Petritsch, Wolfgang (2008): "Russia, Kosovo and Europe: A Case Study in Post-Cold War Conflict Management," Südosteuropa Mitteilungen, 48/2008 1, S. 6-17.

Mazedonien

Mazedonien bereitet größere Sorgen, obwohl es zweifellos ein beachtlicher Erfolg des europäischen Friedenmanagements am Balkan ist. Ich habe bereits angemerkt, dass die Europäische Union und die NATO kurzsichtig und in nachgerade gefährlicher Weise eine Entscheidung getroffen haben, die eine historische Leistung der europäischen Diplomatie – die Einbindung der albanischen Volksgruppe in den mazedonischen Staat – in Frage stellt. Man hat zuerst Mazedonien vom Abgrund eines ethnischen Konfliktes zurückgeholt und könnte es jetzt stärken, indem man es in das Sicherheitsnetz der NATO einbindet. Dies ist auch eine Kritik an der Europäischen Union, die die eigenen Erfolge beschädigt. Denn Mazedonien ist zwar offizieller Beitrittskandidat, hat aber immer noch kein Datum für den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen – obwohl die Bekanntgabe eines solchen die EU nichts kosten und die politischen Kräfte stärker auf die Aufgaben, die ein fragiler Staat wie Mazedonien zu bewältigen hat, lenken würde.

Bosnien und Herzegowina

In Bosnien und Herzegowina, wo ich die Geschehnisse besonders genau verfolge, hat es in den letzten Jahren leider keine sehr großen Fortschritte gegeben. Nicht zuletzt deshalb, weil man von europäischer Seite zu ambitioniert an die nötige Reform der Polizei herangegangen ist, mit der man jedoch gleichzeitig auch den Friedensvertrag politisch korrigieren wollte, indem man die *Republika Srpska* stärker administrativ an den Zentralstaat bindet. Die bosnischen Serben haben die Lunte gerochen und sich dagegen gewehrt. Dafür hat man jetzt eine pragmatische Lösung gefunden, indem der jetzige Hohe Repräsentant die internationalen Ambitionen etwas zurückgeschraubt hat, was wiederum die Unterzeichnung des SAA im Juni 2008 ermöglicht hat. Zweifellos wird Bosnien und Herzegowina auf viele Jahre hinaus ein fragiler Staat bleiben. Daher muss sich Europa verstärkt und längerfristig um dessen Zusammenhalt kümmern – wohl bis zum Beitritt zur Europäischen Union.

Albanien

Der schreckliche Explosionsunfall in einem Munitionslager in der Nähe der Hauptstadt Tirana hat die Schwächen der öffentlichen Institutionen, die Korruption und die tiefe Spaltung der politischen Elite im Albanien des Jahres 2008 drastisch vor Augen geführt. Vor dem Hindergrund des mühsamen Marsches aus dem Eiszeitkommunismus Richtung Europa ist Albanien alles in allem dennoch eine Erfolgsgeschichte. Gerade im Zusammenhang der schier endlosen *Causa Kosovo* verfolgt der südliche Nachbar eine verantwortungsvolle Politik und leistet damit seinen Beitrag zur Stabilisierung der Region.

Kroatien

Kroatien, das nach Slowenien am weitesten fortgeschrittene Land des früheren Jugoslawien, steht mitten in den Beitrittsverhandlungen mit der EU und befindet sich gleichzeitig in einer von schweren Rückschlägen gekennzeichneten Transformation seines Justiz- und Verwaltungsapparates.² Der Beitrittsprozess hat aber auch dazu geführt, dass man sich intensiv mit den überfälligen Wirtschaftsreformen im Lande auseinandersetzen muss, zum Beispiel der Restrukturierung der früher wichtigen Schifffahrtsindustrie in Rijeka. Überdies besitzt Kroatien mit seinen bekannten, aber teils veralteten Tourismusdestinationen entlang der Adria weit größeres Potential als die meisten anderen Staaten der Region; das Pro-Kopf-Einkommen – aber auch die Preise – liegen über dem regionalen Durchschnitt.

Wirtschaftliche Erfolge versus politische Barrieren

Insgesamt sieht die ökonomische Erfolgsleistung der Staaten des ehemaligen Jugoslawien besser aus als der gesellschaftspolitische *Status Quo*. Im gesamteuropäischen Kontext liefert der weitere Balkan durchaus seinen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Europas, wenngleich er sich ebenso wenig wie die erfolgreicher osteuropäischen Staaten der globalen Krise entziehen können. Warum diese widersprüchliche Entwicklung? Einerseits ist der Krieg immer noch nicht völlig zu Ende, er tobt

2 Vgl. Dvornik, Srdjan und Solioz, Christophe (Hrsg.) (2007): Next Steps in Croatia's Transition Process. Problems and Possibilities, Baden-Baden, Nomos.

in den Köpfen der Menschen – insbesondere der Kriegsgeneration – weiter. Aber die Betroffenen spüren, dass sie eigentlich schon sehr viel weiter sein könnten bei der Verwirklichung ihrer eigenen Lebensvorstellungen, wäre Jugoslawien nicht zerbrochen. Die Verbindung mit diesem Konfliktimage ist innen- wie aussenpolitisch immer noch ein großer Stolperstein. Andererseits erkennen mehr und mehr Beobachter das verdeckte Potenzial, welches in diesen vom großen Konflikt zurückgeworfenen Gesellschaften steckt.

Der Zerfall Jugoslawiens und der Westen

Ein kurzer Rückblick kann dazu beitragen, zu erläutern, warum der jugoslawische Weg nach dem Ende des Kalten Krieges so schrecklich schief gelaufen ist. Die Implosion der Sowjetunion, die damals unsere größte Sorge dargestellt hat, ist im Wesentlichen doch friedlich verlaufen. Welches aber sind die internen Faktoren des für viele überraschenden Zerfalls Jugoslawiens? Und: Was haben wir Europäer im Westen wie am Balkan gleichermaßen daraus gelernt?

Mein eher zufälliger Blick in Carl Gustaf Ströhms *Ohne Tito: Kann Jugoslawien überleben?*, 1976 erschienen, war für mich durchaus erhellend.³ Damals, am Höhepunkt der Ost-West Entspannung, war überhaupt keine Rede vom möglichen Zerfall des Sowjet-Imperiums, geschweige denn des Vielvölkerstaats Jugoslawien. Beim bürgerlich-konservativen Ströhm, wie bei anderen politischen Beobachtern dieser Zeit, ist keine offensichtliche Gefahr eines Zerfalls dieses Jugoslawiens herauszuhören. Insofern ist die Analyse des Autors, der ein engagierter Beobachter Jugoslawiens war, *ex post* von grossem Erkenntniswert für die historische Beurteilung des Zerfalls von Titos Vielvölkerstaat. Er identifizierte damals einen extremen kroatischen Nationalismus als eine der zwei wichtigsten Kräfte, die Jugoslawien von innen her auflösen könnten. Die zweite Kraft – die moskautreuen Konformisten – ist heute irrelevant. Sehr interessant ist auch folgende Feststellung: *Für jede ausländische Macht, die an einer Desintegration des jugoslawischen Systems interessiert ist, stellt der Untergrundkrieg im kroatisch-serbischen Exil einen günstigen Ansatzpunkt dar.* Der Autor dachte bloß an die von ihm ersehnte Möglichkeit eines Zerfalls des kommunistischen Einparteiensystems in Jugoslawien,

3 Ströhm, Carl Gustav (1976): *Ohne Tito: Kann Jugoslawien überleben?*, Graz-Wien-Köln, Styria-Verlag.

nicht aber an eine mögliche Auflösung der territorialen Einheit. Ströhm, und ich unterstreiche noch einmal seine absolut pro-kroatische Haltung, hielt es damals für unwahrscheinlich, dass kroatische Extremisten den jugoslawischen Staat ernsthaft gefährden könnten, solange sie nicht Hilfe vom Ausland erhalten oder es nicht in Jugoslawien selber zu schweren inneren Erschütterungen kommt. Resümierend schreibt er: *Der Westen hat ein Interesse an einem stabilen Jugoslawien und ist bereit, dieses Land so zu nehmen, wie es ist.* Dies war vor dem Ende des Kalten Krieges die politisch korrekte Interpretation der westlichen Position.

Die heute immer noch kontrovers diskutierte Frage ist, ob dieses Interesse des Westens am Fortbestand eines geeinten Jugoslawiens nach dem Ende des Kalten Krieges an strategischer Relevanz verloren hat. Dies ist insofern von aktueller Bedeutung, als dass die Vorwürfe an den Westen (insbesondere an Deutschland, Österreich und den Vatikan) man habe sich für den Zerfall Jugoslawiens stark gemacht, nie verstummt sind. Seriös kann man heute diese Frage nicht eindeutig beantworten. Sicher ist jedoch, dass der *Dritte Weg à la Jugoslawien* mit dem Ende der Sowjetunion für den Westen irrelevant geworden war; nach dem Sieg über den Kommunismus bedurfte es keines *Dritten Weges* mehr...

Die fortgesetzte politische Bedeutung dieses historischen Ereignisses ist schon daran zu erkennen, dass bei der letzten Wahl in Serbien immerhin die Hälfte der Bevölkerung für jene Parteien gestimmt hat, die die These einer Zerstörung Jugoslawiens *von außen* vertreten. Ebenso hat sich in letzter Zeit diese Position scheinbar bestätigt, da den Serben nun auch Kosovo weggenommen wurde. Vor diesem Hintergrund ist der pro-europäische Wahlausgang umso bedeutender.

Es gilt daran zu erinnern, dass die Mehrzahl der westeuropäischen Staaten in der ersten Phase des jugoslawischen Dramas – etwa von 1989 bis 1991 – auf Seiten eines integralen Jugoslawiens zu finden waren. Dies ist weiter nicht verwunderlich, denn es ist einfach, die Tendenz aller Regierungen, am territorialen *Status Quo* festzuhalten und die staatliche Souveränität jedes einzelnen Mitglieds der Völkergemeinschaft zu respektieren. Hinzu kam die ungleich größere Sorge um die Zukunft der Sowjetunion und die damit zusammenhängende Wiedervereinigung Deutschlands. Später dann, zögerlich bis 1991, danach entschiedener betrieben vom deutschen Außenminister Genscher und

vom österreichischen Aussenminister Mock, erfolgte angesichts der ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen, der systematischen ethnischen Vertreibungen und der aufwühlenden Fernsehbilder die Hinwendung des Westens zur Option der Auflösung des jugoslawischen Staates. Die Kriegsgräuere in Bosnien und Herzegowina wurden entscheidend von serbischen Freiwilligen begangen, ideologisch motiviert und befeuert von Politikern wie Vojislav Šešelj, der in Den Haag als Kriegsverbrecher vor Gericht steht, oder vom Mafiaboss Arkan und seinen paramilitärischen Mördern. Erst durch diese verbrecherischen Kräfte wurde der Krieg zu dem, als der er in die Annalen der europäischen Geschichte eingegangen ist – zum letzten Vertreibungskrieg auf europäischem Boden im 20. Jahrhundert.

Der Einblick in die *condition humaine* am Ende dieses kriegerischen europäischen Jahrhunderts ist Teil unserer *lessons learned* geworden. Viele Fehler sind auch auf europäischer Seite geschehen: man hat etwa die elementare ethnische Kraft, die hinter jener destruktiven Politik von Milošević, Tuđman und anderen steckte, zu lange verkannt. Der Westen hat zu lange die aufbrechenden Konflikte Jugoslawiens nach dem Tod Titos ignoriert. Reformkräfte – auch die hat es gegeben – wie etwa der letzte jugoslawische Premier, Ante Marković, wurden nicht unterstützt. Wenn man heute sein Programm liest, muss man bedauern, dass es nicht mehr zur Umsetzung gekommen war – die zentripetalen Kräfte waren bereits zu stark. Schliesslich hat auch die heillos verworrene Anerkennungspolitik, die Europa zugleich betrieben und gespalten hat, eine friedliche Auflösung Jugoslawiens behindert. Als Fazit lässt sich sagen, dass man zu lange an der Einheit Jugoslawiens festgehalten hat, um dann überstürzt und ohne die Konsequenzen zu überlegen, die Anerkennung durchzuführen. Bei Slowenien war dies noch kein Problem, da das Land ethnisch kompakt ist. Aber das Beispiel hatte Folgen: Die blutige Kettenreaktion haben wir zuerst in Kroatien und dann in Bosnien und Herzegowina zur Kenntnis nehmen müssen. Dieses reaktive und punktuelle Herangehen an Probleme hat zu lange die europäische Politik bestimmt; gewisse Ausläufer sind auch heute noch zu beobachten – denken wir an die unkoordinierte Anerkennungspolitik Kosovos.

Europa hat gelernt

Dennoch muss nach den vielen Jahren der europäischen Irrungen und Wirrungen am Balkan festgehalten werden: Die Europäische Union, wie sie sich heute darstellt, hat ihre Lektion gelernt. Und deshalb mache ich mich jetzt auch auf die Suche nach dem Positiven. Es ist unzweifelhaft so, dass dieser schreckliche Konflikt die europäische Einigungsidee gefördert hat. Der institutionelle Ausbau und die Verdichtung der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Aussenpolitik haben als unmittelbare Reaktion auf das Versagen in Jugoslawien stattgefunden. Der Lissabonvertrag wäre in dieser Form im aussen- und sicherheitspolitischen Bereich ohne die tragischen Erfahrungen am Balkan nicht möglich gewesen.⁴ Die Europäisierung der Aussen- und Sicherheitspolitik in Europa ist sehr leicht am Beispiel Bosnien und Herzegowina aufzuzeigen. Bei den Friedensverhandlungen, die in den USA stattgefunden haben, war die EU eher als Zuschauer oder Aktenträger dabei gewesen. Unter US-amerikanischer *Leadership* haben die Jahre unmittelbar nach dem Abkommen von Dayton 1995 60.000 NATO-geführte Truppen den Frieden in Bosnien und Herzegowina gesichert. Als ich 1999 meinen Posten als Hoher Repräsentant der internationalen Gemeinschaft in Sarajevo angetreten habe, waren es immerhin noch 30.000 Soldaten; drei Jahre später, als ich das Land verlassen habe, waren es nur noch 12.000 Soldaten.

Allein diese Zahlen zeigen die positive Entwicklung im sicherheitspolitischen Bereich in dieser Region. Ich habe im letzten Jahr in Bosnien und Herzegowina sehr viel Zeit damit verbracht, die so genannte Übergabe von Sicherheits- und Polizeiaufgaben an die Europäische Union mit Brüssel zu verhandeln und heute ist Bosnien und Herzegowina weitgehend *europäisiert*.⁵ Die externe Assistenz wird praktisch nur noch von der Europäischen Union gestellt.

4 Siehe Solioz, Christophe / Vogel, Tobias K. (Hrsg.) (2004): Dayton and Beyond: Perspectives on the Future of Bosnia and Herzegovina, Baden-Baden, Nomos.

5 Siehe Petritsch, Wolfgang (2001): Bosnien und Herzegowina fünf Jahre nach Dayton – Hat der Friede eine Chance? Klagenfurt, Wieser.

Europäische Herausforderungen heute am Balkan

Vor allem ist es notwendig, dass die europäischen Baustellen am Balkan – Bosnien und Herzegowina, Kosovo – weiterhin von der Europäischen Union betreut werden und dass der europäische Annäherungs- und Beitrittsprozess konsequent weitergeführt wird.⁶ Es wäre vermessen, heute bereits ein genaues Beitrittsdatum für die Staaten am westlichen Balkan zu nennen. Vor einigen Jahren habe ich noch die Hoffnung gehabt, es könnte mit dem grossen historischen Datum 2014 zusammenfallen, also am hundertsten Jahrestag des Attentats von Sarajewo. Jetzt denke ich doch eher an den Jahrestag des Endes des Ersten Weltkrieges, also 2018. Aber Daten sind sekundär, wichtiger ist der Prozess, die allgemeine Entwicklung in die europäische Richtung: Das Ziel entsteht oft erst im Gehen. Viele institutionelle Voraussetzungen sind bereits erfüllt. Konflikte werden weitgehend friedlich ausgetragen. Die serbische Wahl ist ein eindrückliches Beispiel dafür, dass der Balkan Fortschritte macht. Die wirtschaftliche Entwicklung war jedenfalls bis zum Ausbruch der momentanen Weltwirtschaftskrise robust, Wachstumsraten liegen in allen Staaten der Region weit über dem westeuropäischen Durchschnitt. Damit stellen sie auch wichtige Export- und Investitionsmärkte für die Europäische Union dar, insbesondere für Staaten wie Österreich, die in besonderer Weise von der Öffnung Ost- und Südosteuropas profitieren. Eines scheint mir bemerkenswert: Trotz lang anhaltender Krise und Verarmung sind die Menschen der betroffenen Länder nicht mutlos geworden.

Die Stärkung der europäischen Partnerschaft mit den Staaten in der Region, ein *burden-sharing*, ist jetzt wichtig, zusammen mit den sich entwickelnden lokalen und regionalen Initiativen. Dazu hat der *Stabilitätspakt für Südosteuropa* entscheidend beigetragen und jenes größere Europa befördert; ein Europa, das nicht auf die Europäische Union beschränkt bleiben darf. Der *Stabilitätspakt* ist Anfang 2008 in den *Regional Cooperation Council* (RCC) umgewandelt worden, mit Sitz in Sarajewo und einem lokalen Management. Andere Initiativen, die auf *soft power* setzen, sind das Freihandelsabkommen CEFTA (*Central European Free Trade Association*), dem jetzt alle Staaten dieser

6 Siehe Petritsch, Wolfgang (2008): "The EU must speed-up its Western Balkans enlargement," *Europe's World*, Brussels, 11-20, S. 80-85.

Region angehören, und die südosteuropäische Energiegemeinschaft, die ihren Sitz in Wien hat.⁷ Weitere neu geschaffene Einrichtungen und vereinbarte regionale Abkommen behandeln Fragen der Infrastruktur, der Investitionen, es wird gegen die organisierte Kriminalität, gegen Korruption vorgegangen, selbst die OECD ist mit ihrem *Investment Compact* für Südosteuropa dabei.

Was wir heute am Balkan beobachten, ist so etwas wie die Normalisierung der internationalen Beziehungen. Während man früher noch Ad-hoc-Organisation wie das *Office of the High Representative* (OHR) gründen musste, um Bosnien und Herzegowina zu verwalten, während die EU-Missionen noch längere Zeit im Kosovo sein werden, versucht man jetzt mehr und mehr, die Verantwortung an die lokalen Kräfte zu übertragen und die bereits existierenden internationalen oder regionalen Organisationen in die lokale Pflicht zu nehmen. Auch wenn der Balkan noch länger mit grossen Herausforderungen zu kämpfen haben wird, ist die europäische Richtung klar. Die Staaten der Region, wie auch jene Westeuropas, haben damit das schwierige Erbe des jugoslawischen Krieges hinter sich gelassen.

7 Siehe Franz-Lothar Altmann, "Die Energieversorgung als Zukunftsfrage (Südost-)Europas," Südosteuropa Mitteilungen, 48 (2008) 3, S. 6-15.